

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-298  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Krieg und Angelegenheiten  
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin SW. 68, Cindensstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 2306-2307

## Der Konflikt in Sachsen.

### Gesler soll entscheiden.

Für Sachsen und für das ganze Reich ist heute wieder einmal ein kritischer Tag erster Ordnung. Der Konflikt zwischen der Militärgewalt und der Zivilgewalt ist zu einer Höhe gediehen, auf der nur noch zweierlei möglich scheint: Entladung oder Einlenken auf den Weg der Verständigung. Die Verständigung ist möglich, wenn man vom Reich aus mit weniger Ueberreizung und Nervosität an die Dinge herantritt, aber natürlich ist auch von sächsischer Seite etwas dazu zu tun. Insbesondere wird auf die kommunistischen Reutlinge im Regierungsgeschäft in aller Vertraulichkeit, aber auch mit aller Entschiedenheit einzuwirken sein, daß sie künftig nicht mehr durch törichte Redensarten den Gegnern der sächsischen Regierung bequeme Handhaben zum Einschreiten bieten mögen.

Daß die sächsische Regierung trotzdem das „Ultimatum“ des Generals Müller ablehnen mußte, ist selbstverständlich. Es scheint uns unmöglich, ihr einen Strich daraus zu drehen, daß sie eine Zumutung ablehnte, auf die sie, wie jeder ruhige Beobachter einsieht, gar nicht eingehen konnte. Darum nehmen wir mit Bestimmtheit an, daß die Suppe in Dresden nicht so heiß gegessen werden wird, wie sie gekocht wurde.

Wer in der auswärtigen Politik die Gewalt für das bedeutendste Mittel zur Austragung von Konflikten hält, wird diesen Grundgedanken auch die innere Politik zur Anwendung bringen müssen. Darum ist jede Scharfmacherei, mag sie von militärischer oder von kommunistischer Seite kommen, abzulehnen. Man muß sich auf allen Seiten dessen bewußt bleiben, daß wir vor schwierigen und entscheidungsschweren außenpolitischen Verhandlungen stehen und für sie den Rest an staatlicher Einheit und staatlicher Ordnung, den wir noch besitzen, aufrechterhalten müssen. Siegt diese Einsicht, so bleibt die Hoffnung, daß man um eine äußerste Verschärfung der sächsischen Krise herumkommen wird.

Unter allen Umständen muß aber volle Klarheit darüber bestehen, daß die Sozialdemokratische Partei ultimative Schritte gegen die verfassungsmäßige sächsische Regierung nicht billigen kann. Auch diejenigen ihrer Mitglieder, die von der Koalition mit den Kommunisten alles andere als entzückt sind, würden solchen Schritten verständnislos gegenüberstehen und sie entschieden ablehnen. Daraus würden sich

aber für die Fortsetzung der Reichspolitik Gefahren ergeben, auf die wir schon heute morgen hingewiesen haben.

Inzwischen haben sich heute mittag die Genossen Hermann Müller und Wels zum Reichspräsidenten gegeben. Die Ernennung des Genossen Meier-Zwickau zum Zivilkommissar des Wehrkreises IV ist erfolgt. Es sind also Kräfte am Werk, um das Unheil zu beschwören, das über Sachsen und das ganze Reich heraufzuziehen droht.

Dresden, 18. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Das Wehrkreis-Kommando 4 teilt heute mit: Ministerpräsident Dr. Zeigner hat auf das am 17. Oktober an gerichtete Schreiben des Befehlshabers des Wehrkreises 4, in dem um eine unzweideutige Stellungnahme des sächsischen Gesamtministeriums zu den Ausführungen des Ministers Böttcher am 13. Oktober in Leipzig gebeten wurde, innerhalb der erbetenen Frist keine Antwort erteilt. Der Befehlshaber hat daraufhin heute nachmittag an den Herrn Ministerpräsident nachstehendes Schreiben gerichtet:

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident!

Da Sie es für gut befunden haben, mein Schreiben vom 17. Oktober nicht zu beantworten, teile ich Ihnen hierdurch ergebenst mit, daß ich die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Herrn Reichswehrminister unterbreitet habe.

Mit der Versicherung der vorzüglichsten Hochachtung  
Müller.

## Kommunistische Reichsratsmitglieder.

Dresden, 18. Oktober. (W.B.) Das Gesamtministerium hat beschlossen, dem Landtage den Entwurf eines neuen Anleihegesetzes zugehen zu lassen, das sowohl eine Erhöhung der Summen wie der schwebenden Schuld des Staates vorsieht, die Mittel sollen in wesentlichen zum weiteren Ausbau der werdenden Anlagen des Staates verwendet werden. Finanzminister Dörner und Reichsminister Hederich sind zu Mitgliedern des Reichsrats ernannt worden. Die Ministerialräte Dr. Müller und Schmidt sind in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden, weil beide dem Ministerpräsidenten erklärt hatten, daß sie bei der politischen Zusammenfassung der gegenwärtigen Regierung nicht an ein erspriechliches Weiterarbeiten glauben könnten.

## 550 000 Bergarbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelche Substanzmittel dem Verhungern gegenüber-

und daß dazu noch Millionen Arbeiter und Angestellte anderer Industrien können, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der Kohlenzweige abhängt. Die deutsche Regierung sehe diese zwingende Entwicklung klar vor Augen, sehe sie aber wenn Frankreich eine Verständigung ablehne, machtlos gegenüber.

Im Anschluß hieran hat der Geschäftsträger auch die Gründe dargelegt, welche die Reichsregierung veranlaßt haben, die Kohlensteuer aufzuheben.

Was die weitere Behandlung der allgemeinen Reparationsfrage anlangt, so hat der Geschäftsträger zum Ausdruck gebracht, daß auch nach Ansicht der deutschen Regierung die Verhandlungen hierüber mit allen beteiligten Mächten stattfinden müßten. Die Reichsregierung halte es für ratsam und glaube auch den Wünschen von Poincaré geäußerten Ansichten zu entsprechen, wenn sie sich zur Klärung des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage alsbald mit der Reparationskommission in Verbindung setze.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Antwort die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet

### kategorisch abgelehnt.

Er hat erklärt, daß ihm die von der Reichsregierung und den Landesregierungen den Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erteilten Weisungen gleichgültig seien, und daß es für ihn nur um Tatsachen ankomme. Das allein ausschlaggebende sei für ihn die restlose Wiederherstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Sachlieferungen könne er nicht anerkennen; er müsse sie im Gegenteil als ein

### Element des Widerstandes

bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Finanzierung der Sachlieferungen fertig brächte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erörterung etwaiger deutscher Vorschläge durch die Reparationskommission werde er so lange nicht zulassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufgegeben worden sei.

## Dollar 8,1 Milliarden.

Die Ablehnung der gestern in Paris gemachten deutschen Vorschläge, die Aufhebung des Gegenstandes zwischen der sächsischen und Reichsregierung und die Erhöhung der allgemeinen innerpolitischen Spannung übten heute einen starken Einfluß auf den Devisenverkehr aus. Der Dollar schwankte vor der amtlichen Notierung zwischen 7,9 und 8,3. Die Reichsbank versuchte bei der Festsetzung des Kurses durch volle Zuteilung weiterer Steigerungen der Devisen entgegenzuwirken. Amlich notierte London 37 und Kabel New York 8,1 Milliarden.

## Moskauer Realpolitik.

### Sowjetrußland und die deutsche Revolution.

Von A. Abramowitsch.

Das Erscheinen des Artikels von Professor S. Tschachotin „Rußland und die deutsche Krise“ in der Sonnabendausgabe des „Vorwärts“ hat in politischen Kreisen ein gewisses Aufsehen erregt. Ein Redakteur des „Kafanun“, das als offizielles Organ der Berliner Sowjetmission angesehen wird, als Mitarbeiter des Zentralorgans der deutschen Sozialdemokratie ist immerhin keine alltägliche Erscheinung.

Professor Tschachotin ist freilich kein eigentlicher Kommunist. Er gehört jener Gruppe russischer bürgerlicher Intellektuellen an, die in russischen Kreisen als „Umlerner“ bezeichnet werden. Professor Tschachotin ist fest überzeugt, daß Rußland auf dem besten Wege „zu einer wirklichen sozialen Demokratie“ sei, als welche er offenbar eine Gesellschaftsform betrachtet, in der Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre, die jahrzehntelang für die Revolution und den Sozialismus gekämpft haben, auf Staatskosten nach dem Nordpol deportiert werden. Ferner ist Prof. Tschachotin der Ansicht, daß Sowjetrußland nach der Einführung der „neuen Wirtschaftspolitik“ nicht auf den Boden der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung getreten sei, sondern daß vielmehr schon die bloße Existenz des Sowjetstaates ausreiche, um durch die wirtschaftliche Wechselwirkung zwischen Rußland und dem Westen „ohne Katastrophen und gewalttätige Erschütterungen“, alle kapitalistischen Staaten Europas in einen „Bund von Arbeitsstaaten“ zu verwandeln, wobei unter „wirtschaftlicher Wechselwirkung“ offenbar die Konzessionen von Otto Wolff, Krupp, Stinnes und Urquhart usw. angesehen werden.

Doch um diese Fragen handelt es sich in diesem Augenblick nicht. Wenn der Artikel Professor Tschachotins das öffentliche Interesse beansprucht, so vor allem deshalb, weil er wahrscheinlich doch nicht ohne Wissen und Willen seiner Obrigkeit geschrieben worden ist, die sonst bei ihren Untergebenen keine Seitenprünge duldet. Sowie in seinem Artikel praktische Wünsche hinsichtlich der Richtung der deutschen Politik zum Ausdruck kommen, muß man ihn als Widerspiegelung der Sanktionen einschlägiger russischer Regierungskreise betrachten. Diese Vermutung findet ihre Bestätigung, wenn man die Erklärungen im „Vorwärts“ mit den Äußerungen der maßgebenden Führer der russischen kommunistischen Partei über die „neue Taktik“ der deutschen Kommunisten vergleicht, die in den letzten Tagen in der Moskauer „Pravda“ erschienen sind.

Die genugsam bekannte offizielle kommunistische Schablone, nach der die Ereignisse in Deutschland sich vollkommen ähnlich wie die russischen Ereignisse im Jahre 1917 entwickeln, ließ bisher darauf hinaus, daß Deutschland sich unmittelbar vor seiner siegreichen „Novemberrevolution“, d. h. vor dem kommunistischen Umsturz befinde. Zum eisernen Bestand dieser schablonenhaften Auffassung, und zwar als ausschlaggebendes Argument, gehörte ferner die Hoffnung auf die krisenvolle wirtschaftliche und militärische Unterstützung Sowjetrußlands. Man rechnete einestils auf russische Getreidezufuhren und andererseits auf die „mächtige rote Armee“, die nach der pompösen Schilderung des bayerischen Kommunisten Eisenberger in der „Roten Fahne“, an der polnischen Grenze sprungbereit dastehe, um auf den ersten Ruf die Armeen Bolens „wie Grassalme“ niederzutreten und der deutschen Revolution zu Hilfe zu kommen. Monatlang wurde aus solchen Hoffnungen heraus eine heftige Agitation in Deutschland geführt, und zwischen Sowjetrußland und Hakenkreuz wurden zärtliche Fäden geknüpft.

Indessen fehlte es in Kreisen der russischen Sowjetregierung nicht an Leuten, die aus ihrer Kenntnis der wirklichen Lage Deutschlands den Schluß zogen, daß die Lasten, die der kriegerische Kommunismus Rußland aufbürdete, in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht vollkommen untragbar seien. Der innere Kampf zwischen der realpolitischen Strömung in der russischen Regierung und den Abenteurern der kommunistischen Internationale hat anscheinend nach den kürzlich in Moskau abgehaltenen internationalen Beratungen mit einem Sieg der Realpolitiker geendet.

Trotski, der verantwortliche Leiter der russischen Armee, hat, wie bereits im „Vorwärts“ kurz erwähnt, in seinem Gespräch mit dem amerikanischen Senator King kategorisch und unzweideutig die Legende von den militärischen Interventionsabsichten Rußlands zerstört.

„Wenn wir“, so führte er aus, „den Sieg der deutschen Revolution sichern könnten, ohne das Risiko militärischer Operationen auf uns zu nehmen, würden wir alles tun, was in unserer Macht steht. Aber in einem inneren Bürgerkrieg können wir uns nicht einmischen. Denn diese Einmischung wäre nur möglich in Form eines Krieges mit Polen. Einen Krieg jedoch wollen wir nicht... Wir wissen zu genau, daß ein Krieg zwischen Rußland und Polen eine Feuersbrunst in ganz Europa entzünden würde, die die Ueberreste der europäischen Zivilisation vom Erdboden vertilgen würde.“ („Pravda“, Nr. 221, 30. 9. 23.)

In derselben Richtung wie Trotski wirkt nun auch Kadek. Schon vor einigen Wochen appellierte er an die deutschen Kommunisten, mit der Revolution so lange zu warten, bis sie eine Million Mitglieder in der Partei haben würden. Jetzt entwirft er in der „Pravda“ vom 2. Oktober (Nr. 222) ein Bild der voraussichtlich revolutionären Entwicklung Deutschlands, aus dem hervorgeht, daß die deutsche

## Sollen die Bergarbeiter verhungern?

### Poincaré bleibt unanfällig.

Berlin, 18. Oktober. Der deutsche Geschäftsträger in Paris hat bei seiner gestrigen Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten im Anschluß an die frühere Besprechung nochmals eingehend die Auffassung der Reichsregierung über die Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten und über die Weiterbehandlung der allgemeinen Reparationsfrage dargelegt.

Da der französische Ministerpräsident bei der früheren Besprechung die deutschseits vorgeschlagenen Verhandlungen mit der Begründung abgelehnt hatte, daß er die Aufgabe des passiven Widerstandes und ihre Modalitäten nicht mit der deutschen Regierung erörtern könne, hat der Geschäftsträger darauf hingewiesen, daß die deutsche Absicht nicht dahin gehe, über die Aufgabe des Widerstandes, die für uns eine

### vollzogene Tatsache

sei, sondern darüber zu verhandeln, wie nach der Aufgabe des Widerstandes die Wiederingliederung von Arbeit und Produktion im besetzten Gebiet am zweckmäßigsten und schnellsten zu bewerkstelligen sei, und wie insbesondere die Wiederaufnahme von Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich und Belgien in der gegenwärtigen Situation ermöglicht werden könnte. Wenn der französische Ministerpräsident bei der ersten Besprechung die Wiederaufnahme der Arbeit als eine allein von den lokalen Organen zu lösende Aufgabe bezeichnet habe, so sei die Reichsregierung bereit, auch solche lokalen Verhandlungen zu fördern.

Der Geschäftsträger hat den französischen Ministerpräsidenten in diesem Zusammenhang die Weisungen zur Kenntnis gebracht, welche die Regierungen des Reiches und der Länder den Beamten, insbesondere den Eisenbahnern, im besetzten Gebiet erteilt haben. Ebenso hat er ihm die Richtlinien für die Industriellen bekanntgegeben. Der Geschäftsträger hat aber mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß die bisherige Methode der Verhandlungen zu einer

### völligen Zersplitterung, Ratlosigkeit und Untätigkeit

im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschte einheitlichen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderem Wege werde sich das von Frankreich angestrebte Ziel, nämlich die Wiederherstellung des Zustandes vor dem 11. Januar 1923, nicht erreichen lassen.

Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Geschäftsträger die Frage der

### Kohlen- und Kokslieferungen

an Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten im Einzelnen dargelegt, daß Deutschland gegenwärtig schlechterdings außerstande sei, diese Finanzierungsleistung vorzunehmen, und hat im Zusammenhang damit auf die außerordentlich gefährlichen Folgen hingewiesen, die sich ergeben würden, wenn die Kohlenzweige die Arbeit zwar zunächst wieder aufnehmen, aber schon nach wenigen Tagen in Folge mangelnder Zahlungsmittel wieder ausgeben müßten. Nachdem die Unterhaltungsabgaben des Reiches eingestellt worden seien, würden sich die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kürzester Zeit dahin zuspitzen, daß

Revolution nur nach vorausgegangenem Niedergang des norddeutschen Proletariats und der Absonderung der süddeutschen Länder Aussicht habe, den Sieg zu erringen, da die französische Armee, die dann Deutschland besetzen würde, infolge des ausbrechenden Freischärlerkampfes und unter Einwirkung der zahlreichen Deutschen, die französisch sprechen, zerlegt werden würde. Wer die kommunistische Kunstsprache kennt, wird leicht verstehen, daß die neuen Kadefischen „Perspektiven“ nichts anderes bedeuten, als eine etwas umständliche Art, zu der bereits angelegten kommunistischen Revolution in Deutschland Rein zu fagen.

Professor Tschachotin ergänzt die Ausführungen Trozki und Kadets, indem er offen verkündet, daß Rußland nicht nur in militärischer, sondern auch in wirtschaftlicher Beziehung — infolge des unerhörten ökonomischen Ruins, von dem sich die Bolschewisten, nach Preisgabe aller kommunistischen Illusionen und nach Einführung primitivster kapitalistischer Methoden, erst mühsam zu befreien anfangen — nicht in der Lage sei, die Kosten eines revolutionären Experimentes in Deutschland zu tragen, und daß die russischen Wirtschaftspolitiker selbst eine erfolgreiche deutsche Revolution, die von Rußland ökonomisch unterstützt werden müßte, als ein Unglück für die wirtschaftliche Entwicklung Rußlands betrachten.

Offenbar auf Befehl ihrer Moskauer Zentrale und zum Teil wohl gewißigt durch eigene Erfahrungen haben die deutschen Kommunisten nun ihre Taktik geändert, indem sie in Sachen und Thüringen in die Regierung eingetreten sind und die Verpflichtung übernommen haben, die deutsche bürgerliche Republik und ihre Verfassung zu verteidigen. Es wäre freilich ein großer Vertum anzunehmen, daß diese mehr realistische Einstellung der Führer des russischen und deutschen Kommunismus sich ohne Schwankungen und Rückschläge durchsetzen würde. Nicht nur in den Reihen des linken Flügels der K.P.D., sondern auch unter einflussreichen Führern der russischen kommunistischen Partei sind genügend Elemente vorhanden, die sich mit dieser neuen Taktik nicht ausfinden können. Und selbst unter denen, die diese Taktik jetzt notgedrungen anwenden, gibt es sicherlich nicht wenige, die sie als vorübergehendes schlaues Manöver betrachten, um die deutschen Sozialdemokraten zu betriegen und sie zeitweilig in Sicherheit zu wiegen.

Beweise für diese Annahme sind in genügendem Maße vorhanden. So erschien am 6. Oktober, zur Zeit, als die Frage des Eintritts der Kommunisten in die mitteldeutschen Regierungen bereits entschieden war, in der „Pravda“ ein Leitartikel, der sich heftig gegen die „Politikaster“ wendete, die noch immer hofften, die bürgerliche Republik zu retten, und die deutschen Kommunisten warnte, „sich im entscheidenden Moment mit den deutschen Menschweibern zu verbinden, die bereits laufende Male Verrat geübt hätten“. In derselben Nummer der „Pravda“ überschüttet der Kommunist W. Assagin Trozki mit heißer Ironie, indem er jene Leute verhöhnt, die plötzlich „panische Furcht vor einer europäischen Feuersbrunst“ bekommen haben.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es nicht an Versuchen fehlen wird, den eingeschlagenen realpolitischen Kurs wieder in sein Gegenteil zu verkehren. Jede neue Aenderung in der internationalen Situation wird die Führer des russischen Bolschewismus erneut vor die Versuchung stellen, revolutionäre Experimente in Deutschland vorzunehmen. Aber der Prozeß der Umwandlung der russischen kommunistischen Partei in die russische Regierungspartei ist, nach der Preisgabe des Kommunismus und der Einführung der neuen Wirtschaftspolitik, zu weit fortgeschritten, als daß ein Rückfall in die revolutionäre Romantik wahrscheinlich wäre.

Zum Schluß seiner Unterhaltung mit Senator Ring erklärte Trozki: „Unsere Wirtschaftspolitik ist eine unbedingte Lebensnotwendigkeit für neunzig Millionen russische Bauern. Wir würden uns selbst den Schädel einrennen, wenn wir diese Politik preisgeben wollten.“ Aber die weitere und unabwendbare Auswirkung dieser Anpassung an den kleinbürgerlichen Charakter Rußlands besteht auch darin,

daß sich die Führer des russischen Bolschewismus im jetzigen kritischen Augenblick entschlossen haben, ihre internationale Politik zu ändern. Ohne sich hinsichtlich der Festigkeit der „neuen Taktik“ der Kommunisten und ihrer Annäherung an den demokratischen Sozialismus besonderen Illusionen hinzugeben, hat die russische und die internationale Sozialdemokratie dennoch allen Grund, die Tatsache hervorzuheben, daß die kommunistische Internationale das Ziel preisgegeben hat, die Revolution „auf den Spitzen der Bajonette nach dem Westen zu tragen“, und sich nun auf den von der Sozialdemokratie stets vertriebenen Standpunkt Trozki gestellt hat, daß „nur die Revolution ihre Lebensfähigkeit erweist, die aus eigener Kraft zu siegen vermag.“

## Die Diktatur der Schwerindustrie.

In der demokratischen Wochenschrift „Die Hilfe“ wird die sehr zeitgemäße Frage aufgeworfen, wie sich die gesamte deutsche Industrie und Wirtschaft zu der Diktatur der Schwerindustrie stelle:

„Wollen alle Industriellen weiter wie bisher den unfähigsten Politiker Deutschlands, Herrn Stinnes, und seine Kreaturen mit der Vertretung ihrer Interessen betrauen? Dann sehen wir dunkel in unsere soziale Zukunft. Der Mann hat seit zehn Jahren mehr Unheil in Deutschland und für den deutschen Namen im Ausland angerichtet, als irgendein anderer. Er mag tausend Verdienste und „Verdienste“ haben, seine Unfähigkeit in allen politischen Fragen ist unermesslich. Man denke an den Kampf um die Erzbecken von Brieg und Longow. Man denke an seinen Kampf gegen die rechtzeitige Stabilisierung der deutschen Mark. Man denke an die verbrecherischen Agitationen, die er und andere auch gegen eine entschiedene Finanzpolitik des Reiches geführt haben. Man denke an seine geschäftlich klugen, aber politisch höchst verderblichen Luftkäufe und Gründungen, die er in- und außerhalb Deutschlands betrieb. Man denke an seine Worte in Spa: Die Franzosen mögen nur ins Ruhrgebiet einmarschieren. Man denke an die „Industriellen Bewegungen“, die er betrieben hat und betreibt.“

Recht interessant ist, daß das demokratische Blatt, dem man keine besonderen Sympathien für den Sozialismus nachsagen kann, die Feststellung macht, daß keine Sozialisierung dem selbständigen Unternehmertum mehr hätte schaden können, wie es Herr Stinnes getan hat. Alle stehen sich mit dem „Popanz der Sozialisierung“ schrecken und folgten willenlos der Führung von Stinnes.

Die Fertigungsindustrie läßt über hohe Eisenpreise, diese Preise werden im Stahlbund festgesetzt. Dort haben stets alle Unternehmervertreter, einschließlich der Verbraucher, wie z. B. die Handwerkervertreter, die höchsten Eisenpreise bewilligt, statt sich an die Seite der Arbeitnehmervertreter zu stellen, die unter Verzicht auf Lohnerhöhung, für niedrige Eisenpreise eintreten. Und das geschah lediglich aus Furcht vor der „Sozialisierung“. Jetzt tritt Stinnes gegen die Kartelle auf und streut damit der Deffektivität Sand in die Augen. Er braucht nämlich keine Kartelle. Er kann ohne Kartelle die Verbraucher noch ungemeiner ausbeuten und kann noch mehr Industriellen den Hals umdrehen. Uns dünkt, die Stunde ist längst gekommen, in der man diesen Totengräber des freien Unternehmertums und des freien Staates hinter Schloß und Riegel setzen und seine Unternehmungen aufstellen sollte.“

Der Kampf der „Hilfe“ gegen den ungekrönten König der deutschen Republik ist eine Stimme in der Wüste. Trotz der verhängnisvollen Rolle von Stinnes in der deutschen Politik und Wirtschaft, beugt sich ein großer Teil des Bürgertums der Diktatur dieses „starken Mannes“, in dem es die Verfeinerung der monarchistischen Idee auf wirtschaftlichem Gebiet sieht.

In der „Vossischen Zeitung“ legt sich Georg Bernhard ausführlich mit dem Problem Stinnes auseinander und schütert zum Schluß die verhängnisvolle Rolle dieses Mannes in der auswärtigen Politik:

„Diese (stinnes) Presse täuscht heute das deutsche Volk genau in der gleichen Weise über die Stellung von Stinnes im Ausland,

wie es einst die gouvemenmentale Presse der Kaiserzeit hinsichtlich Wilhelm II. getan hat. Ohne diese Täuschung würde das deutsche Volk schon längst erkannt haben, daß im Ausland Hugo Stinnes heute genau dieselbe unheilvolle Rolle für Deutschland spielt wie einst Wilhelm II. Wohl ist die Auslandspresse voll von ihm. Und es soll der Anschein erweckt werden, als sei dieses Interesse ein Aktiopoßten. In Wirklichkeit schadet dem deutschen Volk nichts mehr als der Eindruck, daß es in Deutschland nur eine reale Macht gäbe: die des Herrn Stinnes. Und seine Pressearbeit, die dazu beigetragen haben, diesen Anschein zu erwecken, sind vor allem daran schuld, wenn man diesen allmächtigen Mann für fähig hält, die Reparationsfrage sozusagen aus seiner Tasche regeln zu können. Die nach außen so stark hervortretende Geldmacht dieses einen Deutschen, dessen Auslandskäufe nie dazu beigetragen haben, Deutschland als zahlungsunfähig aber zahlungswillig erscheinen zu lassen, verwischt den ganzen Eindruck, den die Säcklerung der deutschen Note je gemacht hat und machen kann. Deshalb wird auch keine deutsche Regierung dem Ausland gegenüber die deutsche Politik mit nachhaltigem Erfolg vertreten können, solange nicht zutage tritt, daß der Mann, der in den Augen der Welt Deutschlands Reichtum repräsentiert, zu den allgemeinen Lasten in dem vollen Maß seiner Leistungsfähigkeit herangezogen wird. Das ist die entscheidende Probe.“

## Eine Korrektur.

Die von den Militärbehörden in Königsberg und Breslau erlassenen Ausschreibungen für Kartoffeln aus Ostpreußen und Schlesien nach anderen Teilen des Reichsgebietes sind aufgehoben worden.

## Rosbach in München.

Ein „feindlicher Akt“ gegen Sachsen.

München, 18. Oktober. (W.Z.) Der aus der Haft entlassene Rosbach wird am Freitag bei der Feier der Rosbach-Abteilung München und des „Deutschen Kampfbundes“ im Loewenbräu mit einer Rede vor seine Anhänger treten, auch Hitler wird dort sprechen.

Die sächsische Regierung und der General Müller haben gegen Rosbach Schutzhaftbefehl erlassen. Wenn der Mann in Bayern, von der Polizei ungestört, reden darf, so bedeutet diese Duldbarkeit, um im Pregerstraße zu sprechen, einen feindlichen Akt gegen die Regierung von Sachsen und gegen den dortigen Militärbehörden. Was wird der Konzler fagen, wenn die sächsische Regierung eine umgekehrte Prozedur bei ihm überlassen ließe?

## Kahrs getreuste Opposition.

München, 18. Oktober. (W.Z.) Der nationalsozialistische „Völkische Beobachter“ und das Kampfbundorgan „Heimland“, die zehn Tage verboten waren, sind jetzt bei Wiedererscheinen voll von Kritiken an der Tätigkeit des Generalkommissars v. Kahrs. Die Artikel dieser Blätter lassen sich in der Grundtendenz dahin charakterisieren, daß die Abgabe an den von Kahrs gesteuerten Kurs erneut in scharfster Form zum Ausdruck gebracht wird.

## Die belgischen Vorschläge.

Paris, 18. Oktober. (W.Z.) Die Reparationskommission beauftragte sich gestern mit den durch den belgischen Delegierten übermittelten drei technischen Studien über die Reparationsfragen. Es wurde beschlossen, diese Dokumente der Finanzabteilung zu überweisen, damit sie einen Bericht erstelle, nachdem sie sie in Gemeinschaft mit einigen anderen Abteilungen der Kommission geprüft hätte.

Verhaftung kommunistischer Abgeordneter in Finnland. Der finnische Reichstag trat nach den Ferien wieder zusammen. Der Reichstagspräsident teilte mit, das Hofgericht von Abo habe an die Präsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem es erklärt, alle Mitglieder der kommunistischen Reichstagsgruppe würden wegen hochverrätherischer Umtriebe unter Anklage gestellt werden. Das Hofgericht habe daher verfügt, daß die im August verhafteten Abgeordneten weiter in Haft zu behalten und die noch freigebliebenen fünf kommunistischen Abgeordneten zu verhaften sind.

## Karfose.

Von Emil Rath (Schönholz).

Mit ängstlicher Spannung starrte Kohlfisch, in das zerplügte Kratzenloch vor ihm und fragte belommen: „... gut überstanden?“ Leises, wohlwollendes Lächeln kam zurück: „Sehr gut sogar. Sie haben eine tapfere Frau. Gehen Sie nur hinein!“

Zoghaft drückte Alwin die Klinke nieder und schob behutsam die Tür zu dem kleinen Zimmer auf. Aethergeruch schlug ihm entgegen. Alles, was sein erster Blick umfing, war das bleiche Gesicht seiner Frau, in dem nur noch müde Augen lehten, die im Erkennen aufklärten. Ein leiser Schrei: „Alwin!“ Hüstlos presste er das dunkle Köpfchen an die Brust. Streichelte wieder und immer wieder die träneneuchten Wangen: „Ruhig, Liebste, ich bin doch bei dir.“ Sie warf auf ihn einen Blick, in dem Grauen und ein Rest tiefsten Entsetzens stand, schüttelte das Haupt und sagte leise: „Nie — nie wieder ... nie wieder. Es war furchtbar!“

Und ihre von Furcht getragene Stimme ließ vor seinem Auge graue, verschwommene Bilder auftauchen, die der halbklammer der Karfose wie Streiflichter in das einschwindende Bewußtsein geworfen, erst wie ein Gefühl des Ertrinkens, das wie durch Wellenbrausen monotonen Zählens zählte: ... sechs ... sieben ... acht ... dann endlos, grauer Nebel, aus dem furchtbare Blut zu wachsen begann, Blut einer sich langsam, unheimlich langsam drehenden Schraube, die auf ihr Herz zielte, sie nie erreichte und doch marterte mit der sich schleichend langsam drehenden Spitze. Und eine ferne Stimme hatts donnernd, grauenerfüllend und süßheischend getönt: „Es gibt einen Gott! Es gibt einen Gott!“

Alwin lachte zerfahren. Strich lieblos über das weiche Braune Haar: „Kärrchen! Wer wird sich solche Gedanken machen!“ Heilig stieß sie seine Hand zurück: „Du, es gibt einen Gott! Ich habe ihn gefühlt!“ Scharfe Antwort lag ihm auf der Zunge. Das Wort „Gott“ zerfaserte ihn, reizte ihn zum Ekel. Er hatte alles abgetan, was Glauben war. Ueberstandene Kinderkrankheit, gegen die er gefeit war oder zu sein vorgab. Und nun kam sie ihm mit alten Reminiszzenzen aus eigener Seele. Trotz ihres Versprechens, nie davon zu reden. Aber er dachte an ihren Zustand. Schweg. Bergab absichtlich, was sie erzählte, brachte am nächsten Tage Blumen, Süßigkeiten, sah auf ihrem Betrand, liebte sie mit Worten und Händen, sie hinwegzuheben über die dunkle Schwelle, die die Karfose gezogen. Wieder her zu sich!

Wieder begann sie mit jenem Traum, den sie als Wirklichkeit fühlte. Er wurde erregt. „Laf mich mit dem Geschwäg in Ruh. Es gibt keinen Gott!“

Ihr Auge ruhte feindselig auf ihm: „Geschwäg? Ich habe es erlebt!“ Und sie riß einen Spalt in das Blut, das vier Jahre

geruhigen Lebens ihnen gewoben. Die feurige Schraube drehte sich langsam, schleichend, bohrie sich wie ein feuriger Keil in friedliches Leben, brannte alte Dinge zu Zunder.

Gegen Alwin bäumte sich frühe Kindheit auf — er rang sie nieder und mußte doch sehen, wie die Luft schweigend sich weichte. Seine Frau ließ sich von dem feurigen Lichtstrom allmählich weiter tragen in halbvergessenes Land. Langsam, mit festem festerer Hand löste sie ihres herzens Fäden aus dem Boden gemeinsamen Glückes, pflanzte sie auf den quellenden Boden alter Kindheit, in den sie sich begierig senkten.

Alwin stand mit hilflosen Händen vor der Luft: Sie wollte sich nicht schließen. Drohend stand die feurige Schraube in der Höhe, warnendes Reinekel. Er hatte nicht mehr Kraft zum Kampf. Vergessen — Sehnsucht haben und drüben. Sie borg sich in der Tiefe wunschlos machenden Glaubens. Er suchte wohlwütiges Vergessen betäubender, brausender Arbeit.

Nach einmal zuckte die feurige Schraube auf, sah befriedigt ihr Werk — und erlosch unvermittelt....

## Torffeuerung auf Lokomotiven.

Die Eisenbahn ist der größte Kohlenverbraucher. Vor dem Kriege war für sie in Deutschland immer ein Kohlenvorrat von vier Wochen vorhanden, der heute durch die täglich anwachsende Kohlenknappheit nur für wenige Tage sichergestellt ist. Schon seit geraumer Zeit werden, um die Brennstoffnot der Bahnen zu mildern, Versuche angestellt, die Lokomotiven mit Torf zu heizen. Die Versuche sind, der „Technik für Alle“ zufolge, günstig ausgefallen, und es kommt jetzt nur darauf an, Torf in genügend großen Mengen zu gewinnen und, was die Hauptsache ist, ihn unabhängig von der Witterung schnell zu trocknen. Dies war früher nicht möglich, da es kein Verfahren gab, den Torf in wirtschaftlicher Weise maschinell zu trocknen. Man war vielmehr darauf angewiesen, ihn auf Feldern auszubreiten und von der Luft trocknen zu lassen.

Um mit Erfolg zur Lokomotivfeuerung verwendet zu werden, muß der Torf gut getrocknet sein und eine handliche Form besitzen. Bei den mit luftgetrocknetem Torf angestellten Versuchen mußte außer dem Tender stets noch ein Wagen mitgenommen werden, um die zum Heizen nötige Menge mitzuführen zu können. Dadurch waren außer dem Führer und dem Heizer noch ein bis zwei Mann nötig, um den Torf während der Fahrt zur Feuerblase zu bringen. Seitdem es aber gelungen ist, den Torf maschinell zu entwässern und ihn in Brikettform mit einem der Steinbohle sehr nahekommenen den Heizer zu bringen, fällt der Bedarf des Vorratswagens und der damit verbundenen Personalerhöhung fort.

In Deutschland gibt es etwa 2,5 Millionen Hektar Torfmoore von 3,2 Meter durchschnittlicher Tiefe. Das sind 80 Milliarden Kubikmeter Torf. Diese Ziffern zeigen, was für gewaltige Mengen Energie in Deutschland noch brach liegen. Denn man würde aus den vorhandenen Mooren 12 Billionen Kilogramm Torfbriketts erhalten. Mit dieser Menge könnte man rund 920 Millionen Güterzüge die Strecke Frankfurt a. M. nach Königsberg fahren lassen,

und rund 80 Jahre mühten vergehen, ehe alle Füge ihr Ziel erreicht hätten, wenn man annimmt, daß 12 Güter in der Stunde in ununterbrochener Folge verkehren würden. Da wir also, wie aus obigem hervorgeht, genügend Brennstoff für unsere Eisenbahnen haben, so wäre es geradezu kindhaft, wenn wir etwa gar, wie z. B. Rußland und Finnland, die doch ebenfalls riesige Torfmoore haben, Holz unter unseren Lokomotiven verbrennen würden. Die Natur hat uns reichlich mit Brennstoff beschenkt. Die Technik gibt die Mittel, diesen Schatz zu heben. Es liegt also nur an uns Menschen selbst, wenn die Brennstoffnot weiter überhand nimmt.

Das Trionon-Theater fährt fort, seine Tradition aufrechtzuerhalten, obwohl die Verhältnisse sich sozusagen etwas geändert haben. Da seine Ware: der französische Schwan, momentan noch in Deutschland von der Dramatiker-Genossenschaft verboten ist, hilft man mit deutschen Surrogaten aus „Doujou“ (Das Spielzeug) nennen die Fabrikanten ihr Produkt, das eine Mischung von Viktorie, Eindeutigkeit und Erotik ist. Erika Gläzner gibt darin ihr traditionelles Aderchen, diesmal eine Theaterkotte, die absolut ins Bett (womöglich ins eheliche Bett) mit einem dänischen Professor will, der sie für das Muster einer reinen Frau hält. Alle Bemühungen seines Freundes, der ein Verhältnis mit Doujou hatte, ihn abzuwägen, mißlingen. Denn schließlich spielt sie im pompösen Himmelbett die Lote, die erst wieder lebendig wird, als ihr Gimpel ihr sicher ist. Daß Frau Gläzner Gelegenheit hat, sich in den verschiedensten Stadien der Ausgezogenheit zu präsentieren, versteht sich, ebenso, daß Benders Professor wie ein Kaltrast gespielt wird, obwohl er keiner ist. Schlimmer ist, daß die Kunst der Gläzner zum Teil ist. Die bourgeoisien Jungfrauen landen sie aber furchtbar echt und entzückt frech. Daß das Bett nur im letzten Akt austritt, ist immerhin schon ein Fortschritt.

Ein italienischer Wunderkomponist. Nach dem fünfjährigen Wunderkind Pietro Razzini, den die französische Presse als kleinen Mozart preist, erregt gegenwärtig der elfjährige Rino Reta Rinaldi aus Mailand in Frankreich als Komponist Aufsehen. Man hat es hier mit einem ganz einzig dastehenden Fall musikalischer Frühreife zu tun, der nur mit Mozart verglichen werden kann. Der kleine Rinaldi wird demnächst in Frankreich das von ihm komponierte Oratorium „Die Kindheit Johannes des Täufers“ dirigieren. Die Sachkenner, die Gelegenheit hatten, den Generalprobe des Werkes beizuwohnen, sind des Lobes voll über das Werk, das sie ohne weiteres mit den Arbeiten des jungen Mozart vergleichen. Die kleinen technischen Mängel und Unzulänglichkeiten in der Durchführung der musikalischen Gedanken beweisen nur, daß der kleine Rinaldi die Arbeit ohne fremde Hilfe ausgeführt hat. Das Wunderkind hat, wie versichert wird, niemals Anweisungen durch Lehrer erhalten und überhaupt keinen Unterricht gehabt. Sein Oratorium begann er mit acht Jahren niederszuschreiben. Der kleine Ruffler entziffer; mißheißelt die schwierigsten Partituren Rechenpens und Bachs, seiner beiden Lieblingskomponisten.

Wien für die deutsche Künstlerhilfe. Köhnen Sonntag wird in der Wiener Staatsoper zugunsten der deutschen Künstlerhilfe eine Aufführung der „Ballade“ unter Mitwirkung von ersten Künstlern stattfinden.



